

Wir müssen deutlich machen, wofür wir eintreten!

Kurt van Haaren, geb. 1938 in Emmerich, ist seit 1982
Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft.

Die Gewerkschaften stecken nicht in einer Organisationsoder Legitimationskrise

Nicht wenige stellen die Frage, ob auch die Gewerkschaften in die Krise geraten seien. Die einen sehen einen Koloß, der wankt. Andere machen sich Gedanken darüber, ob gesellschaftliche Großorganisationen, namentlich die Gewerkschaften, dem „Zug der Zeit“ nach Flexibilisierung und Dezentralisierung im Wege stünden. Wieder andere konstatieren, daß die Gewerkschaften als eng verflochtener Teil des bundesrepublikanischen Systems zu einer Art von Sozialbehörde denaturiert seien, also viel zu wenig Gegenmacht mobilisieren und deshalb in selbstverschuldete Krisen geraten. Und manche vermuten, daß neue Computertechnologien die Gewerkschaften sozusagen ausbluten lassen könnten, weil zum Beispiel durch Informations- und Kommunikationstechniken die traditionellen Trennungslinien zwischen Freizeit- und Arbeitswelt in Teilen aufgehoben, Arbeitsplätze verlagert und Arbeitnehmer noch mehr isoliert werden würden; es schwinde dann gewerkschaftlicher Einfluß mangels gewerkschaftlicher Kampfmittel. Insbesondere in Teilen der Wissenschaft und der Publizistik wird nicht mehr nach dem Ob der Krise der Gewerkschaften gefragt, sondern eigentlich nur noch, wie lange es dauern wird, bis die Gewerkschaften die großen Verlierer seien.

Derartige Diskussionen und Auseinandersetzungen sind für uns nicht neu. Die Gewerkschaftsgeschichte ist reich an Analysen um Sieg und Niederlage. Wir haben auch heute überhaupt keinen Grund, kritische Meinungen zu mißachten oder ihnen auszuweichen. Denn nach meiner Auffassung stecken wir nicht in einer Krise - weder in einer Organisations- noch in einer Legitimationskrise. Diese Behauptung läßt sich durchaus belegen. Die Gewerkschaften sind eine einflußreiche Kraft in unserer Gesellschaft, und viele Versuche wie jüngst in der Frage der Wochenarbeitszeitverkürzung -, sie machtpolitisch buchstäblich „vorzuführen“, sind jedenfalls prinzipiell gescheitert.

Neue innere und äußere Herausforderungen für die Gewerkschaften

Gleichwohl haben wir allen Grund, uns inhaltlich und organisatorisch mit ernstzunehmender Kritik und neuen Herausforderungen auseinanderzusetzen. Es bringt nichts, Probleme zu verschweigen. Ebensovienig nützt es, sich gewerkschaftliches Selbstbewußtsein von Besserwisserei zerreden zu lassen.

Selbstverständlich wissen wir um das Problem der Mitgliederrückgänge in DGB-Gewerkschaften. Aber wir verlieren Mitglieder nicht in erster Linie deshalb, weil uns die Arbeitnehmer enttäuscht den Rücken kehrten, sondern infolge der Massenarbeitslosigkeit sowie des Stellenabbaus im öffentlichen Dienst. Und ebenso wissen Gewerkschafter aus praktischer, tagtäglicher Erfahrung, wie schwierig es ist, Jugendliche, Angestellte, Teilzeitbeschäftigte oder Kollegen zu werben, die über eine akademische oder halbakademische Vorbildung verfügen. Selbstverständlich wissen wir auch um die vielen ungelösten Probleme wie Massenarbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Friedenssicherung, Erhaltung und Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge, Sicherung der Sozialpolitik, Demokratisierung der Betriebe, Gleichberechtigung aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst, Chancengleichheit im Bildungswesen usw. Während wir für organisationspolitische Probleme der Mitgliederwerbung und insbesondere -betreuung allein zuständig und mithin auch allein verantwortlich sind, ist dies bei zahlreichen gesellschaftlichen Problemen anders. Die Gewerkschaften sind weder für die Massenarbeitslosigkeit noch für die Umweltzerstörung verantwortlich. Und sie sind es auch nicht, die über die Aufstellung bzw. Nichtaufstellung von Raketen zu entscheiden haben. Es hieße, Ursachen und Verantwortlichkeiten total zu verkennen, wenn man gerade die Gewerkschaften zum Sündenbock für derartige Probleme stempeln würde. Die Gewerkschaften sind weder Ersatzpartei noch herrscht in bundesrepublikanischen Verwaltungen und Betrieben die Arbeitnehmerselbstverwaltung. Vielmehr sind für die Politik zuallererst die demokratisch legitimierten Verfassungsorgane zuständig und in den Betrieben ist die ökonomische Herrschaft der Unternehmer und Arbeitgeber ungebrochen.

An dieser Stelle scheint mir allerdings Selbstkritik angebracht. Nach 35 Jahren Arbeit des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften müssen wir trotz unbestreitbarer sozialpolitischer Errungenschaften feststellen, daß wir die ökonomischen Machtstrukturen, die tatsächlichen wirtschaftlichen Machtverhältnisse, nicht entscheidend verändern konnten. Ob so manche Einkommens- und sozialpolitische Verbesserung das Engagement für durchgreifende Veränderungen erlahmen ließ? Jedenfalls zeigt sich jetzt in dieser ökonomischen Krise schärfer denn je, daß der Herr-im-Hause-Standpunkt in Unternehmen und Verwaltungen ungebrochen ist. Wir erleben, wie sich der Interessengegensatz von Kapital und Arbeit verschärft - und wir müssen immer wieder mit Bit-

ternis zur Kenntnis nehmen, daß wirtschaftliche Macht politische Macht bedeutet. Erschwerend kommt aktuell hinzu, daß die Regierung vor allem auf dem Feld der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik für alles andere wirkt als für einen Ausgleich der Interessen. Im Gegenteil: Unternehmerbegünstigung und Hofierung der Hoch- und Höchstverdienenden ist das Programm des amtierenden christlich-liberalen Kabinetts. Nicht die Arbeitnehmer und die sozial Schwachen, sondern die Unternehmer und Freiberufler (Ärzte, Rechtsanwälte usw.) sind die Klientel dieser Regierung. Das bezieht sich sowohl auf das Materielle als auch darauf, daß die Bundesregierung unverblümt die ohnehin bestehende ökonomische Benachteiligung der Arbeitnehmer weiter zuungunsten der Gewerkschaften verschlechtern will. Nach dem Griff ins Portemonnaie unserer Mitglieder soll nun offenbar der Schlag auf demokratische Strukturen in Betrieben und Verwaltungen folgen - man will der Mitbestimmung ans Leder, vielleicht sogar der Tarifautonomie. Spaltergewerkschaften und betriebliche Minderheiten werden hofiert, um Betriebs- und Personalräte zu schwächen. Längst totgeglaubte Vorstellungen vom Berufsbeamtentum werden zu neuem Leben erweckt - es findet eine konservative Überfrachtung des Berufsbeamtentums statt. Systematisch wird der Einsatz von Beamten gegen legal streikende Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst geplant. Gezielt wird eine Verbeamtungspolitik aus rein machtpolitischen Kalkül betrieben und Arbeiter sowie Angestellte werden bewußt benachteiligt. Mitbestimmungsrechte werden nicht wirksam ausgebaut, die Betriebs- sowie Personalräte nicht gestärkt.

Diese Beispiele verdeutlichen schlaglichtartig, daß die Gewerkschaften es derzeit wahrhaftig nicht einfach haben. Wir haben es mit einer Politik von Regierung und Arbeitgebern - die Deutsche Postgewerkschaft mit einer Politik des Bundespostministers Dr. Schwarz-Schilling - zu tun, die offensichtlich eher den Konflikt denn den Konsens mit uns sucht. Und dies, obwohl sich solche Politik zunehmend als unfähig erweist, die gewichtigen Probleme zu lösen. Gesundheitsbetriebe ist jedenfalls kein Ersatz für eine aktive Beschäftigungspolitik. Wie sehr Versprechungen und Realität im Widerspruch stehen, beweist zum Beispiel der Personalhaushalt der Deutschen Bundespost für 1985. Die Deutsche Bundespost steigert ihr Investitionsvolumen abermals in Rekordhöhe, und zwar von 15 Milliarden D-Mark auf 16,7 Milliarden D-Mark - das entspricht annähernd einem Viertel des Gesamtinvestitionsvolumens von Industrie und Handwerk. Trotzdem werden die Beschäftigungsmöglichkeiten bei der Deutschen Bundespost um rund 1000 Arbeitsplätze verringert. Die These, daß mehr Investitionen mehr Arbeitsplätze bringen und damit die Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung erweist sich erneut als Gerede.

Trotz allem müssen und wollen die Gewerkschaften alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Interessen ihrer Mitglieder wirksam zu vertreten. Die

Erwartungen der Mitglieder sind zum Teil übergroß. Nicht wenige erwarten, daß wir mit gewerkschaftlichen Mitteln ändern, was einer Korrektur durch politische Wahlen per Stimmzettel bedürfte. Außerdem erwarten viele Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Organisation die Verteidigung beziehungsweise Wiedergewinnung und den Ausbau des wirtschaftlichen und sozialen Besitzstandes. Sie verlangen, daß wir ihre Arbeitsplätze wirksam schützen; sie wollen berufliche Aufstiegsmöglichkeiten; sie gehen davon aus, daß wir uns ihrer Tagesprobleme im Betrieb ebenso annehmen, wie der „großen Fragen“ des Friedens, der Umwelt, der neuen Medien usw. Darüber hinaus haben wir den Anspruch, die Interessen der sozial Schwachen, beispielsweise der Rentner, der Kranken, der Jugendlichen, insbesondere der Arbeitslosen aufzugreifen und unseren solidarischen Verpflichtungen gegenüber den Brüdergewerkschaften im DGB gerecht zu werden.

Angesichts dieser Fülle an Aufgaben und Ansprüchen fragt mancher Funktionär nachdenklich, ob wir nicht Gefahr laufen, uns zu übernehmen, unsere Kräfte zu überschätzen. Und mancher Gutmeinende mag sich gedrängt fühlen, uns daran zu erinnern, daß wir als einzigen Machtfaktor das Engagement unserer Mitglieder in die Tarifautonomie einbringen können, daneben unsere Mitbestimmungsrechte durch Betriebs- und Personalräte. Außerdem bleibe uns die Möglichkeit, auf Parteien, Parlamente und Regierungen einzuwirken. Diese Einwirkungsmöglichkeiten und Machtmittel der Gewerkschaften sind gewiß nicht geringzuschätzen, aber sie reichen nicht aus, alle Erwartungen und Hoffnungen zu erfüllen. Gewerkschaftsarbeit in Krisenzeiten litt stets darunter, ein gehöriges Maß an Hoffnung zu verkörpern, also positive Ziele setzen zu sollen und zu wollen und gleichzeitig vor einer illusionären und damit erfolglosen Politik warnen zu müssen. Mir scheint, es kommt darauf an, den Mitgliedern und Funktionären die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zu verdeutlichen. Wir müssen auf die Bedingungsfaktoren unserer Arbeit sowie auf die Grenzen unserer Möglichkeiten hinweisen. Durch eine derartige Aufklärungsarbeit können wir zugleich ein realistisches Erfolgskriterium für unsere Arbeit vermitteln. Heute ist es sicherlich ein Erfolg, Einbrüche ins soziale Netz zu verhindern oder bestehende Arbeitnehmerrechte verteidigt zu haben. Gerade in Krisenzeiten kommt der Schutzfunktion der Gewerkschaft eine erhebliche Bedeutung zu. Daß wir dennoch für offensive Zielsetzungen eintreten, schließt sich nicht aus. Wir sind von unserem Anspruch her sowohl Schutzorganisation wie Kampfverband. Was von beidem im Vordergrund zu stehen hat, läßt sich nicht statisch oder ahistorisch entscheiden.

Schwerpunktsetzung der Deutschen Postgewerkschaft

Aus der Erkenntnis heraus, daß die Gewerkschaften nicht alle Aufgaben zur gleichen Zeit erfolversprechend anpacken können, hat der 14. Gewerk-

Schaftskongreß der Deutschen Postgewerkschaft im Oktober 1983 den Hauptvorstand beauftragt, Schwerpunkte zu setzen. Dahinter steht die Idee, die Kraft unserer Gewerkschaft auf wenige Schwerpunktfelder zu konzentrieren und sehr bewußt Einzelinteressen von Mitgliedern beziehungsweise Mitgliedergruppen in diese Arbeitsschwerpunkte einzuordnen oder sie diesen unterzuordnen. Folgende Schwerpunkte hat der DPG-Hauptvorstand für 1984 beschlossen:

1. Kampf um die 35-Stunden-Woche;
2. Durchsetzung einer aktiven Beschäftigungspolitik bei der Deutschen Bundespost;
3. Abwehr jeglicher Privatisierungstendenzen gegenüber der Bundespost;
4. Sicherung der Mitbestimmung;
5. Verteidigung und Ausbau der Gewerkschaftsrechte bei der Bundespost;
6. Initiativen zur sozialen Beherrschung des technologischen Wandels sowie jener, die über diese Techniken verfügen;
7. erfolgreiche Durchführung der Jugend Vertreterwahlen.

Nach Abwägen von Erfolgen und Mißerfolgen, nach der Bilanzierung von Forderung und Erreichtem kann ich für die Deutsche Postgewerkschaft feststellen: sie hat weder eine illusionäre noch eine erfolglose Politik betrieben. Die Schwerpunkte für 1984 waren richtig gesetzt. Wir konnten trotz aller Schwierigkeiten, Hemmnisse und Nackenschläge durchaus nennenswerte Erfolge erringen.

Ordnungspolitisch gerät die Deutsche Bundespost zunehmend in den Strudel mächtiger Privatinteressen. Es geht insbesondere im Fernmeldewesen - bei neuen Informations- und Kommunikationstechniken - um das große Geld, um sehr viel Geld. Während die Gewerkschaften eine öffentliche Kommunikationsversorgung unseres Landes gewährleisten wollen, kommt es gewichtigen Interessenten der Privatwirtschaft auf die Verteilung neuer Pfründe an. Bis zu Handwerkskammern und OECD, zur EG-Kommission, zu Lambsdorff und Breuel reicht der Arm jener, denen das grundgesetzlich verfaßte Fernmeldegeheimnis auch bei neuen Telekommunikationsdiensten weniger bedeutet als der Kommerz. Ob selbst der Bundespostminister Dr. Schwarz-Schilling eine die Entstaatlichung „förderliche Politik“ betreibt? Es gibt überdeutliche Warnsignale! Die DPG jedenfalls hat sich 1984 auf vielfältige Weise für die öffentliche Kommunikationsverwaltung Deutsche Bundespost engagiert, durchaus mit Erfolg.

Im Januar 1984 wurde uns schriftlich mitgeteilt, daß 2000 Auszubildende des Prüfungsjahrgangs 1984 nicht mit einem Arbeitsplatzangebot der Deutschen Bundespost rechnen könnten. In einer großen Kraftanstrengung wäh-

rend des gesamten Monats Mai - örtlich, bezirklich und zentral - haben wir uns gegenüber der Deutschen Bundespost durchgesetzt: 2000 junge Menschen wurden vor der angedrohten Arbeitslosigkeit bewahrt, allen Ausgebildeten wurde von der Bundespost ein Arbeitsplatz angeboten. Wir halten dies für einen außerordentlichen Erfolg unserer Gewerkschaftsarbeit.

Aus dem Bereich der Technologiepolitik will ich die Fachtagung der Deutschen Postgewerkschaft am 14. und 15. Juni 1984 in Bonn-Bad Godesberg zum Thema „Kommunikation und Gesellschaft - Verantwortung der Deutschen Bundespost“ besonders erwähnen. Sie diente dazu, in der Entwicklung einer gemeinsamen DGB-Strategie zur sozialen Beherrschung des technologischen Wandels sowie der Sensibilisierung der Öffentlichkeit und unserer Mitgliedschaft über Fragen des Datenschutzes, der Personalinformationssysteme, drohender Arbeitsplatzverluste, Veränderungen der Freizeit- und Medienlandschaft, und ähnliches mehr, ein gehöriges Stück voranzukommen. Um im Ringen um die Netzträgerschaft der Deutschen Bundespost auch bei neuen dienstintegrierenden Netzen sowie in der Auseinandersetzung um Endgeräte und öffentliche Kontrolle noch sachgerechter operieren zu können, wurde eine besondere Technologie-Abteilung beim Hauptvorstand der DPG eingerichtet.

Tarifautonomie und Gewerkschaftsrechte haben wir selbstbewußt und verantwortungsvoll wahrgenommen. Im ersten Halbjahr 1984 hat die Deutsche Postgewerkschaft nicht wenige Solidaritätsstreiks und Demonstrationen durchgeführt, um den streikführenden Metallern und Druckern im Kampf um die Wochenarbeitszeitverkürzung den Rücken zu stärken. Dieser Beitrag der Deutschen Postgewerkschaft kann sich meines Erachtens sehen lassen. Und gegen die Absicht, die Postbeamten gegen legal streikende Arbeiter und Angestellte einzusetzen, haben wir nicht nur lamentiert, sondern die Beamten zu Protestunterschriften aufgerufen, um so dem Minister zu dokumentieren, daß Mitglieder ein und derselben Einheitsgewerkschaft sich nicht buchstäblich gegeneinanderhetzen lassen wollen.

Die Null-Runde für den öffentlichen Dienst, wie von Bundesregierung und Gesetzgeber vorprogrammiert, wurde in Abstimmung mit den anderen DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes auch bei der Post durchbrochen. Das Ergebnis der Einkommensverbesserung für den öffentlichen Dienst des Jahres 1985 kann sich durchaus sehen lassen.

Der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung

Ein Thema will ich besonders behandeln, weil es wie kein anderes die öffentliche und gewerkschaftsinterne Diskussion und unsere Arbeit

beherrschte: der Kampf um Arbeitszeitverkürzung. Wir haben in der Arbeitszeitverkürzung eindeutig den Schwerpunkt auf die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich gelegt. Das geschah nicht aus ideologischen Gründen, sondern in nüchterner Auswertung der Altersstruktur der mehr als 540000 Beschäftigten bei der Deutschen Bundespost. Gewerkschaftsstrategisch wußten wir, daß der öffentliche Dienst in der Frage der Wochenarbeitszeitverkürzung nicht Vorreiter sein konnte und die DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes geschlossen antreten mußten, wenn eine solche Forderung überhaupt Aussicht auf Erfolg haben sollte. Der Zeitpunkt der Tarifverhandlungen war infolge der notwendigen Verknüpfung von Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen sowie der unterschiedlichen Kündigungstermine im öffentlichen Dienst ebenso vorgegeben, wie wir im Herbst natürlich wußten, daß das im Sommer 1984 erzielte Tarifiergebnis bei Druck und Metall von uns nicht zu überspringen sein würde. Bevor ich das Ergebnis der Tarifrunde bei der Deutschen Bundespost würdige, möchte ich daran erinnern, daß der DPG auf der Grundlage eines DGB-Bundesvorstandsbeschlusses vom Juli 1983 sowie auf der Grundlage eines demokratisch breit vorbereiteten Kongreßbeschlusses die Tarifverträge zur Arbeitszeit fristgerecht zum 31.12.1983 gekündigt hatte.

Im Frühjahr und im Sommer des Jahres 1984 haben wir mit einer Vielzahl von Aktivitäten in unseren Amtsgruppen und Ortsverwaltungen sowie auf zentraler Ebene für unsere Forderung agitiert, unsere Mitglieder und Funktionäre geschult. Wir sind öffentlich für die 35-Stunden-Woche eingetreten. Eingebettet in die Gesamtsolidarität des DGB haben wir im Mai und Juni alles getan, um die bahnbrechenden Gewerkschaften IG Metall und IG Druck und Papier nach Kräften zu unterstützen. Unsere ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen waren dabei besonders engagiert. Der Beitrag der Deutschen Postgewerkschaft im Kampf um Arbeitszeitverkürzung kann sich von Norden bis Süden, kann sich örtlich, zentral und regional sehen lassen. Während der Auseinandersetzung bei Druck und Metall mußten wir schmerzlich erkennen, daß die Bundesregierung sich völlig einseitig auf die Seite der Unternehmer schlug und ihrerseits am Tabu der 40-Stunden-Woche festhielt.

Und eben jene, die während der ersten sechs Monate dieses Jahres unsere Forderung nach Wochenarbeitszeitverkürzung als dumm und töricht bezeichnet hatten, sollten nun bei den Verhandlungen für den öffentlichen Dienst von ihrer einseitigen politischen Festlegung Abschied nehmen? Es gab also von vornherein ungeheure politische Barrieren. Das Tarifiergebnis in der Druck- und Metallindustrie erforderte von den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes eine Modifizierung der Forderung nach der 35-Stunden-Woche. Um die größte Beschäftigungswirkung zu sichern, haben wir uns dafür entschieden, die

Wochenarbeitszeitverkürzung in Form von 10 freien Tagen (das entspricht ungefähr der 38,5-Stunden-Woche) zu fordern. Doch den öffentlichen Arbeitgebern ging es nicht um Beschäftigungswirksamkeit. Von Anfang an verfolgten sie das Ziel, unsere Forderung nach Wochenarbeitszeitverkürzung zu unterlaufen - zuerst dadurch, daß sie ihre Nulldiktate aufrechterhielten, dann dadurch, daß sie ein diskussionsfähiges Lohnangebot machten, aber in der Arbeitszeit an ihrem Tabu festhielten.

Das Ergebnis der Tarifrunde im öffentlichen Dienst ist inzwischen allgemein bekannt. Es gab und es gibt innerhalb unserer Gewerkschaft - gerade bei den aktiven Funktionären - über das Ergebnis bei der Arbeitszeitverkürzung herbe Enttäuschung. Viele unserer Kolleginnen und Kollegen hegen den Glauben, das bessere Argument werde am Verhandlungstisch schon siegen. Wir haben auch in dieser Tarifrunde wieder erfahren müssen, daß dem nicht so ist. Wir hatten und wir haben die besseren Argumente - doch die öffentlichen Arbeitgeber wollten politisch nicht darauf eingehen, sie waren Gefangene hinter ihren eigenen politischen Barrieren.

Zwei freie Tage in einem Stufenplan und ein weiterer Tag Urlaub für einige unserer Kolleginnen und Kollegen - voll wirksam erst im Jahre 1987 -, dieser Teil des Verhandlungsergebnisses ist mehr als bescheiden. Die Laufzeit ist zu lang, und die Beschäftigungswirkung ist zu gering. Was positiv zählt, ist die Tatsache, daß wir das Tabu der öffentlichen Arbeitgeber prinzipiell durchbrochen haben. Entgegen aller lautstarken Erklärungen seitens der Bundesregierung, wonach es keinerlei Wochenarbeitszeitverkürzung - schon gar nicht für alle - geben sollte, haben die öffentlichen Arbeitgeber sowohl beim Lohn als auch in der Arbeitszeit ihre Null-Diktate nicht durchsetzen können. Ohne das geschlossene Auftreten der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, ohne die zugesicherte Solidarität seitens unserer Brudergewerkschaften der gewerblichen Wirtschaft, ohne die geschlossene Abwehr aller Spaltungsversuche der öffentlichen Arbeitgeber, ausgelöst von Splittergruppen und Standesorganisationen, wären wir am Verhandlungstisch überhaupt nicht weitergekommen - übrigens: auch einkommenspolitisch nicht. Wir sind dabei, den Verlauf der Tarif- und Besoldungsrunde 1984 intensiv auszuwerten. Dabei fragen wir uns auch kritisch, ob wir unser Ziel zu weit gesteckt hatten. Wir müssen uns darüber klar werden, ob wir die Gegenwehr von Kabinett und Kapital unterschätzt und unsere eigenen Kräfte überschätzt haben. Bei alledem steht für uns außer Frage, daß wir die Arbeitszeitverkürzung auf dem mehr als 100jährigen Weg - mit vielen Minischritten und Etappen - wiederum ein Stückchen voran gebracht haben, auch im öffentlichen Dienst und auch für die Beamten.

Hinter all dem steht eine große Kraftanstrengung unserer Gewerkschaft - dahinter stehen zahllose Schwierigkeiten. Natürlich sind wir in vielen Fragen

nicht über den Berg; sie werden uns weiter beschäftigen. Dazu gehört mit höchster Priorität die Beschäftigungspolitik, also besonders unsere Forderung an die Deutsche Bundespost als Betriebsverwaltung, ihren Beitrag zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung zu leisten. Dazu gehört, daß wir erhaltenswerte Sozialstrukturen gegen alle Demontageversuche verteidigen müssen - also unser Kampf um Mitbestimmung, um Arbeitnehmerschutzrechte und die Tarifautonomie. Und schließlich geht es uns auch um die Erhaltung politischer Kontrolle und sozialer Verantwortung beim Ausbau der neuen Informations- und Kommunikationstechnologie, also um Arbeitnehmer- und Rationalisierungsschutz, um Benutzerdatenschutz, um die Sicherung des Fernmeldegeheimnisses, um Personaldatenschutz. Bei alledem ist die Abwehr von Privatisierungsforderungen gegenüber der Deutschen Bundespost ein ganz wichtiger Gesichtspunkt. Die Kommunikationsversorgung unseres Landes darf weder den Profitinteressen einiger Medienkonzerne ausgeliefert noch zum Übungsfeld für irgendwelche Kabel-Kommerzfirmer gemacht werden. Es bedarf keiner großen Phantasie, um vorauszusagen, daß die ordnungspolitischen Auseinandersetzungen um die Netzträgerschaft und den Endgerätemarkt für neue Technologien sowie um die Zukunft des traditionellen Post- und Fernmeldewesens generell noch zunehmen werden. 1985 schließen von Bundespostminister Dr. Schwarz-Schilling beauftragte Unternehmensberatungsfirmer ihre Arbeiten ab. Eine neue Runde der Auseinandersetzung um Art, Umfang und Güte vorhandener und neuer Dienstleistungen der Deutschen Bundespost ist vorprogrammiert. Die Interessen der Postbenutzer und der Postbeschäftigten zu wahren, fühlt sich die DPG verpflichtet. Daß 1985 in allen Post- und Fernmeldeämtern, in den Direktionen und im Postministerium Personalratswahlen stattfinden, sei besonders erwähnt. Denn erstmals finden die Personalratswahlen auf der Grundlage eines vom Bundesverfassungsgericht gesetzten Rechtsrahmens statt, wonach es faktisch keines Unterschriftenquorums für das Einreichen von Wahlvorschlägen mehr bedarf. Zur Zeit gehören vier von fünf Personalräten der Deutschen Postgewerkschaft an und weit über 90 Prozent aller Jugendvertreter wählten im vergangenen Jahr die Kandidaten der Deutschen Postgewerkschaft.

Zu Beginn des Jahres 1985 will ich schließlich darauf hinweisen, daß die Deutsche Postgewerkschaft das Datum des 8. Mai für friedenspolitische Aktivitäten in Anspruch nehmen wird.

Aufgaben und Perspektiven

Welche Perspektive verfolgen wir für das Jahr 1985? Im einzelnen habe ich dazu bereits an anderen Stellen dieses Beitrags Ausführungen gemacht. Inhaltlich und strategisch wird die Deutsche Postgewerkschaft ihre Politik der

Arbeitsschwerpunkte fortsetzen. Wir werden unsere Kräfte noch weiter konzentrieren. Der Erfolg unserer Arbeit wird wesentlich davon abhängen, inwieweit es uns gelingt, unseren über 450000 Mitgliedern und 35000 Funktionären und Vertrauensleuten die Bedingungsfaktoren unserer Arbeit zu verdeutlichen.

Wichtig scheint mir: Wir müssen aus der ideologischen Ecke des Miesmachers, des Neinsagers und des ständig Klagenden heraus. Ein stetiges Beschwören der Schlechtigkeit der Welt schafft kein Vertrauen in uns. Wehklagen allein produziert keine Handlungsbereitschaft. Noch mehr als bisher müssen wir deutlich machen, wofür wir eintreten, was wir wollen. Unsere Ziele für eine menschengerechte Gesellschaft zu verdeutlichen, die Verbindung von Umweltschutz und Beschäftigungspolitik zu erläutern, jungen Menschen realistische Hoffnungen zu geben, den Sozialstaat als Lebensvorteil und nicht als Finanzierungslast zu betrachten, die Idee der Mitbestimmung allen Beschäftigten klarzumachen - daran sollten wir arbeiten, dafür sollten wir werben. Eine Ausrichtung der Politik an der positiven Darstellung unserer Ziele und Forderungen wird es uns auch wesentlich erleichtern, gewisse organisationspolitische Schwächen zu überwinden. Wenn es uns gelingt, Nicht-Organisierte, alle Arbeiter, Angestellten und Beamte, die Jugendlichen, Frauen und Teilzeitschäftigten davon zu überzeugen, daß wir mit unserer Programmatik und praktischen Politik auf dem richtigen Weg sind, dann werden wir uns organisationspolitisch weiter stabilisieren und zusätzliche Mitglieder gewinnen.

Ich bin davon überzeugt, daß wir die positiven Antworten auf die Fragen der Zeit bereits besitzen. Vieles hängt allerdings von unserer Fähigkeit ab, diese Antworten an den Mann oder die Frau zu bringen. Dazu brauchen wir sicherlich auch mehr Phantasie. Wer sagt eigentlich, daß man nur in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit neue Formen erproben sollte? Warum suchen wir nicht auch neue Formen der Erwachsenenarbeit? Wer sagt eigentlich, daß uns nur nebenbei zu interessieren hat, welche Probleme Arbeitnehmer und ihre Familien außerhalb des betrieblichen Bereiches haben? Wer sagt eigentlich, daß wir unsere Öffentlichkeitsarbeit im Prinzip mit den gleichen Mitteln zu betreiben haben wie vor 30 Jahren? Und wer hat eigentlich schon einmal dargestellt, daß in unseren sicher langwierigen Diskussions- und Entscheidungsprozessen mehr an praktischer Demokratie und an Partizipation steckt als in dem gesamten Gerede von der Basisdemokratie?

Diese Anmerkungen zeigen die Richtung auf, die wir meines Erachtens weiter einschlagen sollten. Eine Modernisierung unserer Arbeit tut sicher not. Natürlich darf bei aller Modernisierung nicht unter den Tisch fallen, daß es historisch gewachsene Werte und Organisationsformen gibt, die wir verteidigen

gen müssen. Dabei denke ich vor allem an die Einheitsgewerkschaft - an die Solidarität und gemeinsame Interessenvertretung aller Arbeiter, Angestellten und Beamten in einer Gewerkschaft, und zwar unabhängig von Weltanschauung, politischer oder religiöser Bindung. Diese Einheitsgewerkschaft vor allem ist der Garant für ein menschenwürdiges Leben unserer Kolleginnen und Kollegen, heute und auch im Jahr 2000. Vieles wird sich bis dahin in unserer konkreten Gewerkschafts- und Mitbestimmungsarbeit verändern. Doch ohne Gewerkschaften werden die Arbeitnehmer auch im nächsten Jahrhundert nicht auskommen - es sei denn, man wollte sie wieder zu Menschen zweiter Klasse degradieren. Ich bin optimistisch, daß wir die Herausforderungen der Zukunft ebenso bestehen, wie wir, trotz aller Schrammen, auch die Vergangenheit bewältigt haben. Ein Blick zurück in die Gewerkschaftsgeschichte beweist: In den mehr als 140 Jahren seit dem Werden der ersten Gewerkschaft gab es für die Arbeitnehmer sicherlich sehr viel schwierigere Zeiten als heute. Und auch diese schwierigen Zeiten sind gemeistert worden.